

## Armutszeugnis

angegeben, „die Diskussion über ‚Armut‘ und ‚Reichtum‘ zu versachlichen und zu enttabuisieren“ (BMAS 2001, S. 10). Dass dabei die zentralen Begriffe des Berichts distanzierend in Anführungsstriche und damit ins Ungewisse gerückt werden, zeigt das zögerliche Herangehen an das Thema, das im nächsten Absatz zur Tugend erklärt wird: „Insbesondere die Aufgabe, Armut zu messen beziehungsweise messbar zu machen, ist im streng wissenschaftlichen Sinne nicht lösbar. Auf eine endgültige Festlegung wird daher im Bericht verzichtet“ (*ebd.*). Man zieht sich auf die Armutsdefinition der Europäischen Gemeinschaft von 1984 zurück, „nach der Personen, Familien und Gruppen als arm gelten, die über so geringe (materielle, kulturelle und soziale) Mittel verfügen, dass sie von der Lebensweise ausgeschlossen sind, die in dem Mitgliedstaat, in dem sie leben, als Minimum annehmbar ist“ (*ebd.*).

Und dann trifft der Erste Armutsbericht der Bundesregierung nebenbei und ohne ausführliche Begründung eine schwerwiegende Entscheidung. Schon seit Anfang der 1980er-Jahre hatte man neben der absoluten Armutsgrenze der Sozialhilfe eine relative Grenze diskutiert, die zwischen 40 und 60 Prozent des Durchschnittseinkommens, berechnet als das arithmetische Mittel, lag (Klein 1987, S. 110 ff.). Der erste Armutsbericht ersetzt die absolute Armutsgrenze der Sozialhilfe durch die relative Armutsgrenze als Prozentsatz des arithmetischen Mittels. „Vor dem Hintergrund dieses differenzierten Armutverständnisses wird Armut unter einer Reihe von Gesichtspunkten, etwa *relativer Einkommensarmut* (Hervorhebung durch den Autor), kritischen familiären Lebensereignissen, sozialen Brennpunkten in Großstädten, Obdachlosigkeit und Überschuldung sowie mangelnden Bewältigungskompetenzen beschrieben“ (*ebd.*).

Im Bericht wird daher ohne Diskussion der Bezug auf eine „bedarfsoorientierte Einkommensgrenze“ verworfen. Stattdessen werden acht Armutsgrenzen diskutiert, und zwar 50 und 60 Prozent des arithmetischen Mittels und des Medians des Nettoäquivalenz-einkommens, jeweils berechnet nach der alten und der neuen OECD-Skala (BMAS 2001, S. 38). Dort werden dann die acht Werte für mehrere Jahre dargestellt. Die Unterschiede zwischen den so errechneten acht Armutsschwellen schwanken von Jahr zu Jahr, liegen aber insgesamt um bis zu 40 Prozent auseinander. Vergleicht man nur die 50-Prozent- beziehungsweise

Armut hat viele Gesichter, doch manche davon sind bei näherer Betrachtung eher Masken, die den Blick auf das wirkliche Ausmaß und die wahre Gestalt der Armut verdecken sollen, wie unser Autor Wolf Wagner in dieser Ausgabe der *Sozialen Arbeit* mit seinem Beitrag deutlich macht.

Armut hat viele Gesichter – wie viele, das ließ die renommierte Hilfsorganisation *Oxfam International* die Öffentlichkeit im Januar ganz genau wissen: Die 85 reichsten Menschen der Welt besitzen das gleiche materielle Vermögen wie die arme Hälfte der Weltbevölkerung, also 3,6 Milliarden Menschen!

*Oxfam* beklagte aus Anlass des Weltwirtschaftsforums in Davos, dass die Kluft zwischen Arm und Reich sich zudem immer weiter vergrößere: und zwar insbesondere durch die verbreitete Steuervermeidung über Steueroasen sowie durch staatliche Sparpolitik, die vor allem die unteren Einkommenschichten treffe. Bei fast allen der 20 stärksten Volkswirtschaften der Welt, darunter auch Deutschland, sei dieser Trend zu beobachten; positive Ausnahme sei einzig Südkorea. Besonders ausgeprägt sei die negative Entwicklung zurzeit in China, Pakistan, Indonesien, Indien oder Nigeria.

Eine Erklärung für die fortschreitende Benachteiligung der armen Bevölkerungssteile ist *Oxfam* zufolge, dass die wohlhabenden Eliten die wirtschaftlichen Weichenstellungen weltweit dominieren. Demokratie werde dadurch ausgehebelt. „Wir können nicht darauf hoffen, den Kampf gegen die Armut zu gewinnen, ohne das Problem der Ungleichheit zu bekämpfen“, schlussfolgert Winnie Byanyima. Die frühere ugandische Oppositionspolitikerin leitet *Oxfam International* seit 2013.

Gut, dass es – finanziert durch Spenden ungezählter Unterstützer in ärmeren und reicher Ländern – zivilgesellschaftliche Organisationen gibt, die überzeugende Fakten über inakzeptable Missstände und Ungerechtigkeiten zusammentragen und öffentlich machen. Gut und ... unterstützenswert!

Burkhard Wilke  
wilke@dzi.de